

Landesregierung spart bei Beamten-Beihilfe

Neuregelung sieht Kostendämpfungspauschale vor – Toscani informierte Verbände

Saarbrücken. Auf die Saar-Beamten kommt ein weiteres Sparopfer zu: Die Landesregierung will ab 2011 die Beihilfe im Krankheitsfall kürzen. Betroffen von dieser so genannten jährlichen Kostendämpfungspauschale sind 20 000 Beamte beim Land und den Kommunen sowie 11 000 Pensionäre. Innenminister Stephan Toscani (CDU) informierte gestern die kommunalen Spitzenverbände sowie die Gewerkschaften über die Sparmaßnahme. Hinzu kommt für Neueinsteiger eine niedrigere Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst. Insgesamt

sollen die Einsparungen acht Millionen Euro bringen.

Bei der Beihilfe-Änderung habe die Landesregierung besonders auf soziale Ausgewogenheit geachtet, sagte Toscani der SZ. „Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache.“ Daher sieht die Kostendämpfungspauschale auch eine soziale Staffelung vor. Soll heißen: Kleinere Besoldungsgruppen (ab A 7, 2500 Euro) leisten mit 100 Euro eine geringere Dämpfungspauschale als ein Minister mit rund 11 500 Euro, der mit 750 Euro dabei ist. Um diese Beträge werden die beihilfefähigen Arzt- und Arzneimittel-

rechnungen jährlich gekürzt. Bei den Beamten übernimmt in der Regel die Beihilfe 50 und bei den Pensionären 70 Prozent der Kosten. Eine Heilpraktiker-Behandlung kann nach der Neuregelung künftig nicht mehr über die Beihilfe abgerechnet werden. Kostendämpfungspauschalen gibt es laut Ministerium bereits in acht Bundesländern. Den Beamten steht neben der Beihilfe-Änderung und der geringeren Eingangsbesoldung auch ein Einstellungsstopp und eine Nullrunde ins Haus. Insgesamt sollen die Staatsdiener 2011 Einsparungen von 30 Millionen Euro leisten. *gp*

Saarbrücker Zeitung, Freitag, 01.10.2010

Saarländisches Kabinett beschließt Eckdaten für Haushalt 2011:

Defizit verringern und Schuldenbremse einhalten – Schwerpunkt bei Bildung, Familien und Zukunftsinvestitionen

Pressemitteilung vom 07.07.2010 - 12:30 Uhr

Ministerpräsident Peter Müller und Finanzminister Peter Jacoby haben heute gemeinsam mit den Parteivorsitzenden der Jamaika-Koalition, Dr. Christoph Hartmann und Hubert Ulrich, die Eckdaten für den Landeshaushalt 2011 vorgestellt, die vom saarländischen Kabinett auf ihrer Haushaltsklausurtagung in Überherrn beschlossen worden sind.

Dabei wurde ein umfangreiches Paket geschnürt, ähnlich wie dies der Bund und andere Länder gegenwärtig tun. Die Sparnotwendigkeiten ergeben sich auch aus den hohen Einnahmeausfällen in Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Vorgaben der Schuldenbremse. Das Haushaltsjahr 2011 ist danach das erste Jahr, in dem gemäß den Vorgaben für die Auszahlung der Konsolidierungshilfen von jährlich 260 Mio. Euro das strukturelle Defizit des Landes um 10 % zu verringern ist. Für den Haushalt 2011 bedeutet dies eine Einsparung von etwa 80 Millionen Euro.

Im Einzelnen verständigten sich die drei Koalitionspartner auf folgende Punkte:

Die Vorgaben der Schuldenbremse werden eingehalten.

Das Saarland wird nicht kaputtgespart, sondern in wichtigen Aufgabenfeldern weiter nach vorne gebracht. Der Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung wird daher weiter bei Bildung, Familien und Zukunftsinvestitionen liegen.

Bei allen Sparmaßnahmen gilt der Grundsatz einer gerechten sozialen Balance. „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern.“

Mit dem Eckdatenbeschluss setzt die Landesregierung die Schwerpunkte ihrer Arbeit fort, wie sie im Koalitionsvertrag festgelegt worden sind.

- So verbleibt auch in 2011 die demographische Rendite im Bildungssystem
- die Universität des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft werden weiterhin angemessen finanziert und
- hinzu kommen mehr Mittel für den Klimaschutz.

Schwerpunktsetzung einerseits und Schuldenbremse andererseits setzen allerdings gleichzeitig deutliche Sparmaßnahmen über alle Ressorts hinweg voraus. Neben Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen in der Größenordnung von 35 Millionen Euro, deren titelgenaue Umsetzung bis zur Einbringung des Haushalts bis zum Herbst dieses Jahres erfolgt, sind folgende Maßnahmen geplant:

- **eine Nullrunde 2011 bei den Beamten und Versorgungsempfängern**
- **eine entsprechende Regelung für die Tarifbeschäftigten**
- **Veränderungen bei der Beihilfe durch die Einführung einer Kostendämpfungspauschale**
- **eine Absenkung der Eingangsbesoldung für den gehobenen und höheren Dienst**
- **eine Wiederbesetzungssperre für ein Jahr**
- **der teilweise Verzicht und die zeitliche Streckung von Neubaumaßnahmen des Landes**
- **die Überprüfung der Beitragsfreiheit im Betreuungsbereich mit dem Ziel einer sozialen Staffelung der Beiträge**
- **die moderate Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 4,0 %**
- **Sparbeiträge der politischen Führung, wie eine Nullrunde für Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre, die Bildung eines Fahrerpools verbunden mit einer Reduzierung von persönlichen Fahrern im Regierungsbereich und der Verzicht auf die Erweiterung des Landtagsgebäudes.**

Vor dem Hintergrund dieser geplanten Maßnahmen wird sich der Haushalt 2011 auf einen Betrag von rund 3,5 Mrd. Euro belaufen. Damit gehen die Ausgaben des Landes gegenüber 2010 voraussichtlich um deutlich mehr als 1 % zurück.

Mit Blick auf die weiteren Haushaltsjahre dieser Legislaturperiode vereinbarte die Koalition eine ganze Reihe von Prüfaufträgen mit dem Ziel, weitere strukturelle Sparmaßnahmen und die Veränderung von Standards zu ermöglichen.

Abschließend erklärte für die Jamaika-Koalition Ministerpräsident Peter Müller:

„Mit den Beschlüssen des heutigen Tages zeigt die Jamaika-Koalition Handlungsfähigkeit auch in den schwierigen Fragen der Haushaltsgestaltung - unter erschwerten finanziellen Bedingungen - in Einklang mit dem Koalitionsvertrag.“